

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radewormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 13

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto

Halver

Donnerstag, den 16. Januar

Erscheint wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen: „Zeitungsbild“ im Wochenbild,
„Landmanns Sonntagsblatt“, „Herd und Scholle“,
„Für unsere Frauen“ und „Am Abend“

1930

Die heutige Ausgabe umfasst 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Im Haag hat sich eine gewisse Verübung eingestellt, nach dem durch die Erklärungen der deutschen Delegation die Verteilung der Reichsbank an der Internationalen Zahlungsbank gesichert erscheint.

* An der am 17. Februar in Genf beginnenden Zollkonferenz werden sich insgesamt 30 europäische Staaten und mehrere außereuropäische beteiligen.

* Der neue Kreuzer „König“ ist in Wilhelmshaven mit einer entsprechenden Feierlichkeit in den Dienst der Reichsmarine gestellt worden.

* Im Badischen Landtag erklärte der Staatspräsident die Abrechnung des Jahres 1929 mit der letzten Reichspolitik, die aber die finanzielle Sanierung nicht unter Ausschluß der Länder und der Gemeinden betreiben dürfe.

Bolldampf voraus.

Der Generalfeldmarschall von Moltke ist immer ein großer Whistspieler gewesen, der Abend für Abend seine Partie machen mußte. Diese Gewohnheit hat er auch nicht in der Kriegszeit unterbrochen. Nur einmal schlug das Adermaß der Arbeit über seinem Kopfe zusammen: das waren die beiden Tage vor und während der Schlacht bei Sedan. Aber schon am Abend des 2. September äußerte er zu seiner Umgebung: „Jetzt können wir uns wieder an den Whistisch setzen, nachdem dieser störende Inzidenzfall erledigt ist.“ Mit diesem Zwischenfall hat er die Schlacht bei Sedan und die Gefangennahme des Kaisers Napoleon gemeint!

Der „störende Inzidenzfall“ auf der Haager Konferenz ist sehr rasch — wenigstens nach außen hin — erledigt und die Bahn für eine schnelle Behandlung und Erledigung der noch nicht ganz geklärten Streitpunkte damit frei gemacht worden. Die Konferenz geht mit „Bolldampf voraus!“ ihrem Ende zu — dank den Zugeständnissen der deutschen Delegation. Die Pflichtteilnahme der Reichsbank an der „Bank für internationale Zahlungen“, verbunden mit der Erklärung Dr. Schachts, im Falle der geschlichen Festlegung dieser Bestimmung lokal an ihrer Durchführung mitzuwirken, ebenso wie die Verpflichtung, die während eines Moratoriums für die Young-Plan-Zahlungen aufgelaufenen Summen sofort zu begleichen, weiter die Verlegung des Zahlungsstermins grundsätzlich auf die Monatsmitte — all dies ist geregelt, wobei von einem Entgegenkommen der Gegenseite wirklich nicht die Rede sein kann, vielmehr Deutschland allein Zugeständnisse machen mußte, sozusagen den Konferenzdampf allein zu heizen hatte, damit er endgültig in den Hafen gelangen kann. Daß darum der französische Ministerrat nach einem Vortrag Tardieus über die bisherigen Ergebnisse der Haager Konferenz die Haltung der Delegation Frankreichs einstimmig billigte, ist vom französischen Standpunkt aus zu verstehen.

„Bolldampf voraus!“ hat der amerikanische Staatssekretär des Auswärtigen auch vom Kapitän des Dampfers „George Washington“, auf dem er der Londoner Seeabriegelungskonferenz zutreibt, verlangt. Er will zusammen mit seiner Delegation so schnell wie möglich eintreffen, — aber er dürfte auf alle Fälle rechtzeitig genug in England landen, um feststellen zu können, daß die Konferenz auf einem Berg von Schwierigkeiten tagen wird, zu dem auch jetzt noch neue Felsblöcke hinzugebracht werden, neue Schwierigkeiten sich aufstürmen. Frankreich will dies nicht, Italien jenes nicht. Der will die U-Boote abschaffen, der andere will Großkampfschiffbau unterlassen lassen, über die „Quoten“ — also das gegenseitige Kräfteverhältnis hauptsächlich zwischen den fünf Mächten England, Nordamerika, Frankreich, Italien, Japan — ist man sich eigentlich nur zwischen den beiden ersten dieser Mächte einigermassen einig. Wie denn überhaupt diese Londoner Konferenz stark unter dem Druck des anglo-amerikanischen Marineabkommens steht, das ja bekanntlich durch einen Besuch des englischen Ministerpräsidenten MacDonald in Washington ostentativ unterstrichen wurde. Nicht gerade zur großen Freude Frankreichs, das in der Zwischenzeit schnell noch möglichst viel Minen in den Kurs dieses Konferenzdampfers gestreut hat. Der wird mehr als vorsichtig, durchaus nicht mit „Bolldampf voraus!“ fahren müssen. Und „störende Inzidenzfälle“ wird es mehr als genug geben. Übermäßig dürfte sich die Welt kaum wundern, wenn dieser vielgeprüfte und mit Sonderwünschen bis weit über die Labele hinaus vollgepackte Dampfer wieder einmal den Hafen des Erfolges nicht erreicht, sondern unterwegs auf den Strand des Mißerfolges gerät.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Mitbestimmung im Sächsischen Landtag.

In der ersten Sitzung des Sächsischen Landtags im neuen Jahre lagen ein nationalsozialistischer Mißtrauensantrag gegen Arbeitsminister Eisner (Mfö.) und ein kommunistischer Mißtrauensantrag gegen die Regierung Dr. Büniger vor. Ministerpräsident Dr. Büniger erklärte, daß er dem Arbeitsminister seinen Rücktritt nahegelegt habe. In namentlicher Abstimmung erhielt der nationalsozialistische Mißtrauensantrag gegen den Arbeitsminister 17 Ja- und zwei Nein-Stimmen, bei 75 Stimmenthaltung. Der Mißtrauensantrag war demgemäß abgelehnt. Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen die Gesamtregierung wurde mit 47 gegen 42 Stimmen abgelehnt.

Schacht lehnt politischen Ehrgeiz ab

Telegramm Cherons über die Beilegung des Zwischenfalls.

Das Ergebnis der Unterredung Cheron-Moldenhauer.

Der französische Finanzminister Cheron hat auf Grund der Unterredung mit dem Finanzminister Dr. Moldenhauer dem noch in Paris weilenden Ministerpräsidenten Tardieu telegraphiert, daß auf Grund eines Beschlusses der deutschen Regierung, der von Dr. Schacht angenommen worden sei, die Reichsbank zu einer direkten und vertragstreuen Mitarbeit an der Durchführung des Young-Planes bereit sei. Diese Mitarbeit werde sofort eintreten, ohne die Abänderung des Reichsbankgesetzes abzuwarten. Die Reichsbank werde daher das im Young-Plan vorgesehene Depot bei der B. Z. Z. erlegen.

Eine Vorsichtsmaßnahme?

Von deutscher Seite wird mitgeteilt, daß die Berufung des Präsidenten der Seehandlung und des Direktors der Reichskreditgesellschaft nach dem Haag lediglich für den Fall erfolgt sei, daß neue Schwierigkeiten auftauchen sollten.

Tardieu wieder im Haag.

Die deutschen Vorschläge.

Da bei der Haager Konferenz nach dem durch das Vorgehen des deutschen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht hervorgerufenen Zwischenfall wieder eine gewisse Verübung eingetreten ist, begann in sichtlich aufgeregter Stimmung Mittwoch die angekündigte Sitzung der sechs einladenden Mächte. Auch der aus Paris zurückgekehrte französische Ministerpräsident Tardieu nahm daran teil. Nach mehrstündiger Unterhaltung wurde die Sitzung geschlossen. In der Hauptsache befaßte man sich mit dem Vorschlag der deutschen Delegation über die auf gesetzlichem Wege herbeizuführende Teilnahme der Reichsbank an der Bank für internationale Zahlungsausgleich. Die Gläubigermächte erklärten grundsätzlich ihre Zustimmung zu dem deutschen Vorschlag. Dieser soll jedoch von der Juristenkommission noch protokollreife gemacht werden. Die viel umstrittene Sanktionsformel wurde zunächst noch nicht erörtert, diese Erörterung behält man sich für die auf den Abend angesetzte erneute Zusammenkunft vor. Ebenso wollte man dann die Frage der Zahlungsmobilisierung ansprechen, eventuell aber auch erst am Donnerstag darüber sprechen.

Die Durchführung der deutschen Vorschläge ist so gedacht, daß nach der Zustimmung Schachts im Schlußprotokoll der Haager Konferenz die Mitwirkung der Reichsbank festgelegt wird. Es war zunächst noch nicht geklärt, ob aus diesem Grunde eine Veränderung des Reichsbankgesetzes notwendig erscheint. Laufen die Dinge erfolgreich weiter, so wird man von der Heranziehung etwaiger deutscher Erbschaften absehen. Betont wird von der deutschen Seite, daß es sich nicht etwa um einen Vertrag der Reichsregierung mit dem Reichsbankpräsidenten, sondern um einen Beschluß des Ministerrates handele, welchem die Anfrage an den Reichsbankpräsidenten folgte, wie er sich zu verhalten gedenke. Das Reichskabinett hatte in seiner Sitzung die Haltung der deutschen Delegation im Haag rückhaltlos zugestimmt. Die deutsche Abordnung trat abermals zu einer Beratung über den gesamten Stand der Verhandlungen zusammen. Eine private Unterredung zwischen Finanzminister Moldenhauer und Reichsbankpräsident Dr. Schacht ging voraus.

Die gesetzlichen Maßnahmen.

Bei der Beratung der geplanten gesetzlichen Maßnahmen entstand die Frage, ob eine bloße Verpflichtung der Reichsbank genüge oder ob nicht vielmehr im Hinblick auf die besonderen Funktionen, die der Young-Plan dem Notenbankpräsidenten selbst auferlegt, auch die persönliche Verpflichtung zur Mitwirkung für den Reichsbankpräsidenten ausgesprochen werden muß. Eine Besprechung mit Dr. Schacht ergab dessen Zustimmung zu einer Festlegung, die formell auch den zweiten Fall deckt. Auf den Zwischenfall wurde nicht mehr zurückgekommen. Für die Durchführung der geplanten Absicht gab es zwei Wege, die Bindung in Form eines Zusatzes zu dem Entwurf des künftigen Reichsbankgesetzes oder die Auf-

nahme einer einfachen Bestimmung in das Schlußprotokoll der Haager Konferenz. Man hat es vorgezogen, den ersten Weg vorzuschlagen. Damit sind die Vertreter der Gegenseite grundsätzlich einverstanden.

„Die Reichsbank wird sich fügen.“

Reichsbankpräsident Dr. Schacht gewährte dem im Haag befindlichen redaktionellen Vertreter eines größeren rheinisch-westfälischen Blattes eine Unterredung, in der erörtert wurde, ob man von einem Unfall Schachts und einer Veränderung seiner Prinzipien sprechen dürfe. Schacht gab dabei folgende Erklärung ab:

„Ich kann nicht verhindern, daß über mich Falschmeldungen verbreitet werden und daß ich angegriffen werde. Mein Standpunkt ist entgegen den Meldungen durchaus klar und von einem Unfall kann gar keine Rede sein. Ich erkläre nochmals, daß die Reichsbank sich einem neuen Gesetz selbstverständlich zu fügen hätte und fügen mußte. Dagegen wird der Reichsbankpräsident als solcher persönlich aus sich heraus zu entscheiden haben, ob er sich diesem Gesetz fügen kann oder nicht, oder ob er es nicht tut. Ich habe durchaus keine politischen Ambitionen, und wenn mir Kaiserenthronung angedichtet wird, so läßt mich das kalt. Mein Standpunkt hat sich auf jeden Fall nicht geändert.“

Mittlerweile soll über das Moratorium eine Verständigung in dem Sinne erzielt sein, daß Deutschland nach dem Ablauf eines zweijährigen Moratoriums die rückständigen Zahlungen innerhalb des dritten Jahres zu leisten hat. Solange das nicht geschehen ist, könne ein neues Moratorium nicht gewährt werden.

Weitere Einigung im Haag.

Regelung der Sanktionsfrage.

In der Nachmittagsitzung der sechs Mächte ist die vorbereitende Formel zur Regelung der Sanktionsfrage unverändert angenommen worden. In der gleichen Sitzung ist das Einverständnis der Gegenseite zu den von deutscher Seite getroffenen Vorbereitungen zur Schaffung gesetzlicher Maßnahmen erteilt worden, die eine Beteiligung der Reichsbank an der Bank für internationale Zahlungsausgleich sicherstellen.

Weiter ist eine Vereinbarung darüber zustande gekommen, daß die international gebundenen Bestimmungen des künftigen Reichsbankgesetzes entsprechend deutschen Wünschen auf einem weniger langwierigen und komplizierten Wege geändert werden können.

Die schwierige Vereinigung der Reparationen.

Ungarn beharrt auf seinem Recht. — Einigung mit Bulgarien bevorstehend.

Die Verhandlungen zwischen den Mächten der Kleinen Entente und Ungarn in der Reparationsfrage haben zu keiner Einigung geführt. Eine Annäherung ist lediglich hinsichtlich der Regelung gewisser Agrarforderungen erzielt worden. Zurzeit sind Besprechungen im Gange, in welcher Weise bei dem für Sonnabend erwarteten Abschluß der Konferenz ein offener Abbruch der Verhandlungen in der ungarischen Reparationsfrage vermieden werden kann.

In der bulgarischen Reparationsfrage fand eine Unterredung zwischen dem rumänischen Außenminister Mironescu und dem bulgarischen Außenminister Buraw über das beschlagnahmte bulgarische Eigentum in Rumänien statt. Dieser Streitpunkt ist die einzige noch offene Frage, welche einer Regelung mit Bulgarien im Wege steht.

Wie von österreichischer Seite verlautet, sind die zwischen Österreich und Italien über den Abschluß eines Reliefsabkommens über die gegenseitige Schuldentilgung geführten Unterhandlungen soweit gefördert worden, daß man mit ihrer Unterzeichnung noch im Haag rechnen könne. Einen ähnlichen Fortgang haben auch die Besprechungen aufzuweisen, die die österreichische Delegation mit der belgischen Delegation über die Liquidation des österreichischen Privatbankens in Belgien sowie mit der polnischen Delegation über die in Polen fortbestehenden früheren österreichischen Versicherungsgesellschaften gehabt hat. In einer für Donnerstag in Aussicht genommenen Plenarsitzung des Komitees für Ostreparationen sollen die Ergebnisse der erwähnten Verhandlungen erörtert werden.

Aus In- und Ausland

Berlin. Dem Reichstag ist nunmehr das kürzlich vom Reichsrat behandelte Gesetz zur Verlängerung der Geltungsdauer des Mietrechts zugewandt. Der Entwurf sieht bekanntlich vor, daß das Mietrechtsgesetz bis zum 30. Juni 1932 Geltung haben soll.

Koburg. In der Nacht wurde der bayerische Landtagsabgeordnete Klingler (Soz.) von zwei Personen überfallen und bedrängt, daß er vorübergehend beunruhigt zusammenbrach. Es wird angenommen, daß der Überfall einen politischen Hintergrund hat.

Darmstadt. Wie die Hessische Landeszeitung mitteilt, sind die beiden Stadträte Pfarrer Hef und Süß aus der Deutsch-nationalen Volkspartei und Fraktion ausgetreten. Pfarrer Hef hat mit seiner Austrittserklärung zugleich sein Mandat niedergelegt, während Stadtrat Süß sein Mandat weiterbehält.

Worms. Bei einer Erwerbstätigendemonstration wurde bei gegenfälliger Feuern zwischen Polizei und Demonstranten ein Polizeibeamter verwundet und ein Zivilist erschossen. Der kommunistische Landtagsabgeordnete Müller wurde mit zahlreichen anderen Personen verhaftet.

Innsbruck. Wie aus Bozen gemeldet wird, wurde eine Reihe von Personen, die aus Anlaß der Hochzeitsfeier des italienischen Kronprinzen im Auftrag des Ministeriums des Innern verhaftet worden waren, wieder freigelassen. Der frühere Sekretär des Deutschen Verbandes, Dr. Walfertner, befand sich bis zum 11. Januar, also dreizehn Tage, in Haft.

Paris. Die Kammer hat ihren bisherigen Präsidenten, den sozialistischen Abgeordneten Fernand Bouisson, in öffentlicher Abstimmung mit 336 von insgesamt 531 abgegebenen Stimmen wiedergewählt.

Brüssel. Der belgische Ministerrat beschloß, die Gehälter der Staatsbeamten und -angestellten zu erhöhen, und zwar um 37 Prozent (die unterste Gehaltsgruppe) bis zu 12 Prozent (die höheren Gehaltsgruppen). Die Mehrausgaben werden 350 Millionen Frank betragen.

Stockholm. Wie aus Helsingfors gemeldet wird, wird die finnische Regierung am 1. Februar dem Reichstag den Antrag vorlegen, die allgemeine Militärpflicht von einem Jahr auf neun Monate herabzusetzen.

Genova. Wie aus Moskau gemeldet wird, kehrt nach einem mehrmonatigen Urlaub in Rußland der kommunistische Magdala nach Deutschland zurück.

Wie das Ausland über Schacht denkt.

Englische und französische Pressestimmen.

Die französische und die englische Presse nehmen den Vorstoß Dr. Schachts auf der Haager Konferenz ziemlich ruhig auf. Sie weisen die Einmischung Schachts in die Außenpolitik zurück und betrachten den Zwischenfall als eine innenpolitische deutsche Angelegenheit.

Englische Pressestimmen.

Der Reuter-Korrespondent im Haag meldet, der Versuch Dr. Schachts, die Haager Konferenz zu „torpedieren“, sei zum Scheitern gebracht worden. Die Vertreter der sechs Mächte seien einstimmig der Ansicht, daß die Einmischung des Reichsbankpräsidenten in politische Fragen, über die so gut wie Einstimmigkeit herrsche, nicht gebührend werden könne.

Der Haager Korrespondent der „Daily Mail“ spricht von einem Versuch des Reichsbankpräsidenten, einen europäischen Diktator zu spielen.

Der Haager Korrespondent des „Daily Herald“ sagt: Die beleidigende Herausforderung, die er damit nicht nur an seine eigene Regierung, sondern auch an die Regierungen der anderen Mächte auf der Konferenz vertretenen Länder richtete, wurde mit dem Beschluß der sechs Mächte beantwortet, seine Opposition unbeachtet zu lassen.

Der Haager Korrespondent der „Times“ berichtet: „Angesichts der Haltung, die Dr. Schacht bei der ersten Tagung der Haager Konferenz eingenommen hatte, ist es nicht erstaunlich, daß er es nochmals versucht, jede Verantwortung für die unvermeidlichen politischen Kompromisse, die bei der Auslegung und Anwendung des Young-Berichts vorgenommen wurden, abzulehnen.“

Der diplomatische Korrespondent der „Financial News“ schreibt: „Als der Reichsbankpräsident im Dezember seine Denkschrift veröffentlichte, konnte man ihm guten Glauben zubilligen, da zwischen Juni und Dezember eine Anzahl von Vereinbarungen abgeschlossen worden sind, die Deutschlands Lasten über die im Sachverständigenbericht vorgesehene Grenzen hinaus vergrößerten. Dieses Argument gilt aber nicht für den vorliegenden Fall. Wenn Dr. Schacht den Plan am 13. November annehmbar fand, hatte er keinen Grund, ihn am 13. Januar anders anzusehen.“

Französische Blätter.

„Matin“ schreibt: Der Vorstoß des Reichsbankpräsidenten hat den Vorteil, daß nun eine Möglichkeit gegeben ist, ein Geschwür zu beseitigen, an dem die Verhandlungen tranken. Der Schrecken, den dieser Finanzmann aus der Ferne verbreitete, übte einen ungefunten Einfluß auf die deutsche Delegation aus und lastete infolge einer Art Ansteckung auch auf den anderen Delegationen. Dr. Schacht kam nach dem Haag, aber er siegte nicht.

„Echo de Paris“ sagt: Dr. Schacht begnügte sich nicht damit, finanzielle Beschwerden vorzubringen. Er protestiert auch gegen jeden Gedanken, in irgendeiner Form die Sanktionen des Versailler Vertrages bestehen zu lassen. Er erklärt, daß das gemeinsame Vertrauen, die Grundlage des neuen Reparationsplans, nicht vorhanden sein könne, wenn nicht im voraus eine Gesamtheit von moralischen Problemen gelöst werde.

„Petit Parisien“ schreibt: Dr. Schacht scheint eine Änderung des Status der Reichsbank vermeiden zu wollen. Er will sie von der staatlichen Kontrolle frei halten. Er persönlich hinter der Rolle des Staatsbankiers verschänzen und ohne Verantwortung sein. Andere Kreise schreiben ihm dagegen politische Hintergedanken zu.

„Journal“ erklärt, man müsse annehmen, daß der Reichsbankpräsident sich lieber als Märtyrer des deutschen Nationalismus aufspielen will, als einige Konzessionen zu machen, um sich aus der ernsten Lage, in die er sich durch sein Memorandum vom 6. Dezember gebracht habe, zu befreien.

Unser täglich Brot.

Was Landwirt, Bäcker und Hausfrau sagen.

Die Preisberichtsstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat schreibt: Die Frage, ob mit schwankenden Getreide- und Mehlpreisen das Gewicht und der Preis des Brotes sich verändern sollen, ist schon seit längerer Zeit Gegenstand des Meinungsaustausches. In letzter Zeit wurde von wirtschaftspolitisch bedeutsamer Seite erneut die Forderung aufgestellt, daß durch Festlegung eines einheitlichen Brotgewichts und jeweiliger Veränderung der Brotpreise entsprechend den Schwankungen der Mehlpreise endlich das wirksamste Werbemittel für einen vermehrten Brotverzehr ganz allgemein eingeführt werden soll. Bei der bisher üblichen, von vielen Bäckerinnungen durchgeführten entgegengesetzten Regelung kann der Verbraucher nie beurteilen, wieviel er für sein Geld bekommt und was er zu verlangen hat. Denn das Brot ist die einzige Ware, bei der der Preis nicht schwankt, bei der vielmehr das Gewicht den Rohstoff, also den Mehlpriest, angepaßt werden soll. Daß dies aber immer und in vollem Umfange auch tatsächlich geschehen ist, erscheint zweifelhaft. Denn der Rückgang der Roggenpreise von 283,90 Mark je Tonne im Monatsdurchschnitt des Mai 1928 bis auf 186 Mark je Tonne im Mai 1929 hätte gewiß in einer beträchtlichen und deutlichen fühlbaren Steigerung des Brotgewichts zum Ausdruck kommen müssen.

Gegen diese Auffassung wurde aus Kreisen des Bäckergewerbes heraus geltend gemacht, daß eine Festlegung des Brotgewichts an der Veränderlichkeit des Wassergehalts des Brotes bei längerem oder kürzerem Liegen scheitern müsse. Dem ist entgegenzuhalten, daß diese Veränderlichkeit sich im allgemeinen in bekannten Grenzen halten wird. Verlangt eine Hausfrau ein „gestriges Brot“, so wird sie sich darüber klar sein, daß die von ihr gewünschte größere Trockenheit des Brotes mit etwas geringerem Gewicht verbunden ist. Selbstverständlich müßte bei der Festlegung des Brotgewichts das Gewicht des Teiges in Anbetracht gebracht werden.

Wenn weiterhin gegen die von der Landwirtschaft zu fordernde Regelung geäußert wurde, daß die Festlegung des Brotgewichts bei variablen Preisen eine unzuläutere Konkurrenz zwischen den Bäckern durch gegenseitige Unterbietung auf Grund der Verwendung schlechteren Mehles und damit eine allgemeine Senkung der Qualität des Brotes zur Folge haben würde, so ist es schlechterdings nicht einzusehen, daß dieser Fehler auf dem bisherigen Wege ausgeschaltet gewesen sein soll.

Schließlich ist darauf hingewiesen worden, daß der Mehlannteil am Brot nur 50 bis 60 Prozent des Gewichts darstellt, so daß also Veränderung des Mehlpriests nur eine entsprechend geringere Veränderung des Brotpriests zur Folge haben würde. Hiergegen ist zu sagen, daß kein Mensch eine stärkere Veränderung des Brotpriests bei schwankenden Mehlpriests erwarten wird, als

dem Anteil des Mehles am Brotgewicht entsprechen würde. In diesen Grenzen muß aber, wie die Preisberichtsstelle fordert, eine Veränderlichkeit des Brotpriests unbedingt als wünschenswert bezeichnet werden. Und zwar muß ausgesprochen werden, daß dadurch dem tüchtigen Bäcker der Lohn für seine Qualitätsarbeit gesichert werden würde, da das Publikum heute sehr scharf auf Qualität sieht und bereit ist, für bessere Qualität auch einen Pfennig mehr anzuwenden.

Ein deutscher Kolonist schreibt aus Rußland.

Gefängnis und Hungersnot.

Versuche, das Schicksal der ausgewanderten Kolonisten aus Sowjetrußland als harmlos darzustellen und ihnen den Wunsch zu unterstellen, nach Sowjetrußland zurückzukehren, stehen in schroffem Widerspruch zu den Äußerungen der deutschen Kolonisten selbst. Bezeichnend hierfür ist ein russischer Brief, der vor wenigen Wochen an einen vor Jahren aus Rußland nach Amerika ausgewanderten Mennoniten gerichtet ist. Dieser Brief spricht für sich selbst. Er besagt in wörtlicher Übersetzung:

„Meine Lieben... Wir wissen nicht, ob ihr den Brief... bekommen habt, in dem sie schrieb, daß der Onkel... und sein Sohn... unser Vater und... schon zwei Monate lang verhaftet im Gefängnis sitzen, ohne daß man uns auch nur den Grund der Verhaftung mitteilt. Alles das hängt natürlich mit der Fahrt nach Amerika zusammen. Alle werden hier bei uns bedrückt und drangsaliert, weil alle deutschen Kolonisten von hier nach Amerika auszuwandern beabsichtigt hätten. So kam es zu der Bewegung der Deutschen. 4000 reisten ab, alles deutsche Mennoniten. Natürlich paßt es der Sowjetregierung nicht sonderlich, daß alle von hier flüchten und die Sowjetmacht schelten. Denn hier schreiben sie in allen Zeitungen, daß es nur bei uns gut sei, während es in allen übrigen Ländern schlecht stehe, und daß dort überall die Menschen ausgebeutet würden, nur bei uns nicht. In Wahrheit aber gibt es nirgends eine solche Ausbeutung wie bei uns. Wir leben hier wie in der Hölle, und niemand jenseits der Grenze besitzt auch nur eine Vorstellung davon, wie schwer wir alle es haben und wie sehr man uns alle hier quält. Haben wir doch keine geordneten Machtverhältnisse. Es herrscht vollkommene Anarchie. Man kann sich bei niemandem beschweren, bei niemandem Schutz suchen. Was weiter mit uns werden wird — wir wissen es nicht. Man rechnet uns nicht einmal mehr als Menschen. Man gibt uns keine Arbeit. Vom Lande schon gar nicht zu sprechen. Alle sind rechtlos, sind nicht stimmberechtigt, haben hier keinen Platz. Aber aus Rußland herauslassen wollen sie diese Leute auch nicht. Es bleibt also anscheinend nur eins übrig: einfach umzukommen.“

Meine Lieben, schreibt nicht, daß ihr etwas wißt über die Verhaftung und auch davon, daß wir hier so schwer und schlecht leben. Alle Briefe werden gelesen, und wir werden es vielleicht nur noch schlechter haben. In unserem Lande herrscht gegenwärtig Hungersnot. Lebensmittel werden nur denen gegeben, die Stimmrecht haben, und auch denen nur in kleinen Mengen. Die Monatsration besteht aus: drei Pfund Zucker, einem halben Pfund Fett, einem halben Pfund Grütze und täglich drei viertel Pfund Schwarzbrot. Aber die kein Stimmrecht haben, erhalten nicht einmal das. Was weiter sein wird — daran zu denken ist entsetzlich.“

Aus unserer Affenmappe.

Ein Steuerauschußmitglied muß schweigen können.

In einer Bauern- und Mittelstandsversammlung hatte das Steuerauschußmitglied K. berichtet, daß das Steuerauschußmitglied J. im Steuerauschuß gegen einen von ihm gestellten mittelfreundlichen Antrag gestimmt habe. Auf Beschwerde des J. beim Landesfinanzamt erklärte K. den § 29 A für nicht anwendbar, weil er keine Verhältnisse eines Steuerpflichtigen bekanntgegeben habe, sondern nur die Vorverhandlungen der Veranlagungsrichtlinien; hiervon würde er sich auch in Zukunft nicht abhalten lassen. Der Reichsfinanzminister hat dann den Reichsfinanzhof um ein Gutachten über folgende Fragen ersucht: 1. Liegt im vorliegenden Falle eine Amtspflichtverletzung des K. vor? 2. Für den Fall, daß die Frage zu 1 bejaht wird: Ist das Finanzamt berechtigt, den K. so lange von den Ausschüßungen auszuschließen, bis er gelobt hat, in Zukunft sich keiner Verletzung seiner Amtspflichtverletzung mehr schuldig zu machen? Der Reichsfinanzhof hat die erste Frage bejaht, die zweite aber verneint, da keine Vorschrift der Reichsabgabenverordnung bestünde, auch keine entsprechend anwendbare Vorschrift des Gerichtsverfassungsgesetzes, die das Finanzamt berechtige, ein Ausschüßmitglied, das sich die geschilderte Amtspflichtverletzung hat zuschulden kommen lassen, von den Ausschüßungen auszuschließen.

Das Notizbuch des Nachtwächters.

Der Maurermeister Sch. wurde vom Landgericht Prenzlau wegen Beamteneinwirkung zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurteilt. Der Angeklagte hatte sich in der Nacht in etwas angetrunkenem Zustande mit mehreren Personen in dem Lokal des Gastwirts B. aufgehalten. Nach Mitternacht, gegen zwei Uhr morgens, war der Nachtwächter und Hilfspolizist K. in der Wirtschaft erschienen, um die Nachtschwärmer, die sich der Übertretung der Polizeistunde schuldig gemacht hatten, festzustellen. Er kam jedoch nicht dazu, die Namen der Übeltäter aufzuschreiben, da Sch. ihm das Notizbuch entriß und nicht wieder zurückgab. Der wegen Beamteneinwirkung verurteilte Sch. hatte Revision beim Reichsgericht eingelegt, die aber vom Zweiten Strafsenat verworfen wurde. Der Angeklagte habe den Beamten an der Fortsetzung einer Amtshandlung gehindert und dies genüge, um den Tatbestand des Paragraphen 114 des Strafgesetzbuches zu erfüllen.

Sind Urlaubsansprüche vererblich?

Die Hinterbliebenen eines kaufmännischen Angestellten haben vom Arbeitgeber nicht nur Zahlung der bis zum Todestage des Arbeitnehmers verfallenen Gehaltsbezüge, sondern auch Vergütung für tarifmäßig bestimmten, aber noch nicht gewährten Urlaub verlangt. Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht Elberfeld haben den Klageanspruch abgewiesen, weil der Anspruch auf Urlaub und damit auch auf Urlaubsvergütung einen persönlichen Anspruch darstelle, der nicht vererblich sei. Das Reichsarbeitsgericht hat die gegen die Elberfelder Entscheidungen eingelegte Revision zurückgewiesen; das Reichsgericht ist damit der Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Elberfeld beigetreten; Ansprüche aus Urlaub können nicht vererbt werden.

Der schadhafte Feuerlöcher.

Zwischen den bekannten Feuerlöschapparatefabriken „Minimax“ und „Total“ herrscht eine erbitterte Konkurrenz, die schließlich dazu geführt hat, daß die „Total“-Gesellschaft eine Liste verbreitete, in der eine Reihe von Fällen aufgeführt war, in denen Minimax-Apparate explodiert sind. Es handelt sich um 24 Fälle. Die Minimax-A.G. hat gegen die Totalgesellschaft Klage wegen unlauteren Wettbewerbes erhoben und hat die Prozesse in den Vorinstanzen gewonnen. Die unterlegene Totalgesellschaft hat beim Reichsgericht Revision eingelegt, über die am 10. Januar verhandelt wurde. Der Zweite Zivilsenat des Reichsgerichts hat diese Revision zurückgewiesen, er hat also mit der Vorinstanz — dem Kammergericht in Berlin — dahin entschieden, daß die Aufstellung der Listen über die schadhafte Fabrikate der Minimax durch die Totalgesellschaft unlauterer Wettbewerb im Sinne des Gesetzes darstellt und daß die Totalgesellschaft diese Art der Propaganda zu unterlassen hat.

Der „Wirtschaftskapitän“ und das „Amazonenballett“.

Der Herr „Direktor“ Sch., der wegen seiner Prozeß-tüchtigkeit und Händeltüchtigkeit in ganz Mitteldeutschland bekannt ist, wurde wegen Betruges im Rückfall von der Großen Strafkammer beim Landgericht Leipzig zu zwei Jahren fünf Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Gegen dieses Urteil hat er prompt Revision eingelegt. Der Tatbestand ist: Sch., der sich Direktor nennt und der dazu noch Varietéunternehmer sein will, hat einmal eine Schiffskaufel befohlen, die aber nicht so florierte, daß das Unternehmen hätte bestehen können. Herr Sch. fühlte sich auch zu höherem berufen und gründete, dem Geist der Zeit sich beugend, ein „Amazonenballett“. Mit diesem Ballett beabsichtigte er eine Ostsee-Tanztournee durchzuführen. Sch. suchte Teilhaber und Geschäftsführer, die alle eine Interesseneinlage von 1000 Mark zu leisten hatten, wogegen sie 50 Prozent des Gewinnes für sich sollten beanspruchen können. Drei Personen haben sich gemeldet und haben bezahlt; aber schon die erste Aufführung des Amazonenballetts in Leipzig ließ erkennen, daß man für eine artistische Leistung dieser Art einen Eintrittspreis nirgends würde fordern können. Das Ballett löste sich in seine Bestandteile auf und die Teilhaber sahen hinter ihren Geldern her. Unter der Auflage des Betruges erklärte Sch., er habe vollkommen einwandfrei gehandelt, er sei ein tüchtiger Kaufmann, er sei einer von denen, die man mit Recht Kapitäne der Wirtschaft nenne. Nur der Reiz habe sein Unternehmen im Keim erstickt. Er habe in Leipzig beginnen und habe sein hoffnungsvolles Unternehmen „strahlenförmig ausbauen“ wollen. Auf den Strahlen hätten die von ihm engagierten kaufmännischen Leiter sich dann ausgiebig betätigen können.

Der Erste Strafsenat des Reichsgerichts hat die Revision verworfen.

Muß der Mann die Schulden seiner Frau bezahlen?

In welchem Umfang ist der Mann für die Schulden seiner Frau haftbar? Das Zivilgericht in Lyon, also in einer französischen Stadt, fällt kürzlich ein bemerkenswertes Urteil. Eine Dame hatte aus einem großen Konfektionsgeschäft Hüte, Kleider und allerlei modische Kleinigkeiten im Gesamtbetrag von 11 360 Mark bezogen. Der Mann, dem die Rechnung übersandt wurde, fiel aus allen Himmeln, als er die Endsumme las. Da er sich weigerte, die Rechnung zu bezahlen, strengte die Firma die Klage an, erlebte dabei aber eine recht unliebsame Überraschung. Das Gericht führte in seinem Urteil aus, eine Firma werde durch die Annahme, daß die Gattin in Vertretung ihres Mannes kaufe, nicht von der kaufmännischen Pflicht entbunden, bei der Kreditgewährung in eine Prüfung der Verhältnisse einzutreten. Im vorliegenden Fall betrug das Einkommen der Eheleute 12 800 Mark im Jahre, so daß nach Abzug der Kleiderrechnung nur ein Betrag von 440 Mark zur Bestreitung aller anderen Ausgaben zur Verfügung stand. Der Ladeneinhaber durfte, wie das Urteil weiter ausführt, nicht ohne weiteres stillschweigend annehmen, daß der Mann seine Zustimmung zu dieser Verschwendung erteilt habe, so daß von einer Zahlungspflicht des Mannes nicht die Rede sein könne. Da das Ehepaar aber Nutzen aus den Käufen gezogen habe, so wurde der Wert der Nutznießung mit 1600 Mark angenommen, und der Mann zur Zahlung dieser Summe verurteilt.

Brüste dich nicht unnötig.

Von Paula Hohenfels.

„Tante Lotte ist doch recht neidisch,“ — erzählt Frau Jsa — „als ich heute in meinem neuen Weihnachtspeitz bei ihr war, hat sie ein Gesicht gemacht, also ein Gesicht! Ihr zweites Wort war immer: Ich kann mir sowas natürlich nicht leisten! Wie kann man bloß so neidisch sein.“ Als Grete hörte, daß wir zum Wintersport fahren, wurde sie direkt verstimmt, sie hat mir kaum noch geantwortet. Was kann ich dafür, daß sie sich keine Reise leisten kann? Darum braucht sie doch nicht so neidisch zu sein! Klingt es aus Fräulein Annes Munde.

Frau Käthe schilt: „Also nichts gönnen einem die Menschen. Als ich meiner Schwägerin erzählte, daß mein Mann Zulage bekommen hat, konnte sie ihren Reiz kaum verbergen. Immerzu gab es spitze Worte. Ja, zu euch kommt das Glück, wir müssen beiseite stehen. Unausstehlich ist doch solcher Reiz.“

Liebe Frau Jsa, liebes Fräulein Anne, liebe Frau Käthe, und ihr andern alle, die ihr bei ähnlichen Gelegenheiten schon ähnliches gesagt, habt ihr wohl schon einmal darüber nachgedacht, warum und wieso und woher sich bei den andern „solcher Reiz“ auslöst? Ist es euch noch nie zum Bewußtsein gekommen, daß ihr selbst diejenigen waret, die ihn wachriefen? Seid ihr auch ganz gewiß, daß es lediglich Reiz war, was aus ihnen sprach? Liebe Frau Jsa, müßten Sie den neuen Weihnachtspeitz ausgerechnet auf dem Wege zu Tante Lotte anziehen, die sich schon seit Jahren kein neues Stück mehr leisten kann, und kaum weiß, wie sie sich mit den Kindern durchschlagen soll durch die Räte dieser Zeit? Müßten Sie, Fräulein Anne, ihrer Freundin Grete von der Fahrt in den Winter vorschwärmen? Es ist Ihnen doch bekannt, daß Grete für ihre alte Mutter und kleineren Geschwister sorgt und alles für sie hingibt. Kommen Sie, Frau Käthe, sich gar nicht denken, was ihre Schwägerin, deren Mann abgebaut ist, empfinden mußte bei der Nachricht von der Verbesserung ihrer eigenen Lage?

„Sie sollen nicht so neidisch sein!“

Ach wissen Sie, meine Damen, mit dem Reiz ist das solche Sache; es ist nicht immer bloß Reiz, was aus dem

Wiedereröffnung des französischen Parlaments.

Die hertömmlichen Eröffnungsansprachen.

Kammer und Senat haben in Paris ihre Sitzungen begonnen. Dem Herkommen entsprechend leiteten die Alterspräsidenten die parlamentarischen Arbeiten mit Ansprachen ein. In der Kammer befaßte sich der linksrepublikanische Abgeordnete Sibille mit einer Anregung zur Abänderung der Abstammungsregeln in der Kammer. Danach soll die Vertrauensfrage im Namen der Regierung nur in Folge einer Interpellation über deren allgemeine Politik gestellt werden. Sodann wurde die Wahl des Bureaus vorgenommen. Einziger Kandidat für das Alterspräsidium ist der bisherige Präsident, der sozialistische Abgeordnete Doufflon.

Im Senat widmete der Alterspräsident Fleury Marchall Hoch und Clemenceau warme Nachrufe. Hinsichtlich der Haager Konferenz erklärte er, die erste Tagung im Haag wäre ein sicherer Mißerfolg gewesen, wenn Frankreich nicht durch seinen entgegenkommenden Geist einen überzeugenden Beweis für seinen aufrichtigen Friedenswillen gegeben hätte, allerdings unter Aufrechterhaltung der unerlässlichen Garantien, die seine Sicherheit und die Wahrung seiner Grenzen erforderten. Sodann vertagte sich der Senat auf Donnerstag.

Ueberseeflug Dessau—Bolivien.

Start zweier bolivianischer Hauptleute.

Die bolivianischen Fliegerpaupileute Luizaga und Bazquez, die sich schon seit längerer Zeit in Deutschland aufhalten, um einen Flug nach Bolivien zu unternehmen, starteten am 13. Jan. um 8 Uhr zur ersten Etappe dieses Fluges von Dessau nach Paris. Sie benutzen ein besonders von Junters konstruiertes Flugzeug. Die Reise soll über Sevilla, Natal, Rio de Janeiro nach La Paz, der bolivianischen Hauptstadt, gehen.

Verhärfung des amerikanischen Alkoholverbots.

Die Überwachungsmaßnahmen sollen verstärkt werden.

Wie aus Washington gemeldet wird, ist im amerikanischen Kongreß die vom Präsidenten Hoover vorgeschlagene Erweiterung der Prohibitions-gesetze eingebracht worden. Auf Grund des neuen Gesetzes werden alle Staats- und Gemeindebeamten in den Dienst der Prohibition gestellt. Gleichzeitig wird die Zahl der Küstenschutz- und Grenzschutzbeamten erheblich vermehrt.

Bergarbeiterstreik in Australien.

Sympathiebetätigung des Bahnpersonals.

In den nördlichen Bergbaugebieten Australiens ist ein großer Bergarbeiterstreik ausgebrochen. Die Kohlenarbeiter arbeiten auf den vom Streik betroffenen Kohlengruben wurden eingestellt. Lokomotivführer und Heizer in den Kohlengruben sind in ein Sympathiestreik eingetreten. Die Grubenbesitzer haben beschloffen, die Zechen in den nördlichen Bergbaurevieren zu schließen.

Heuschreckenplage in Nordafrika.

Die Hauptstadt Marokko bedroht.

Die Heuschreckenplage, unter der Nordafrika, insbesondere Ägypten und Marokko, alljährlich zu leiden haben, hat in diesem Jahre einen außerordentlich ernsten Charakter angenommen. Nachdem diese Schädlinge der Landwirtschaft kürzlich in der Gegend von Rabat einen ganzen Wald sowie den größten Teil der landwirtschaftlichen Kulturen vernichtet haben, sind sie nunmehr bis zur Hauptstadt Marokko vorgedrungen. Die Zugangsstraßen sind mit einer dichten Heuschreckenschicht bedeckt, so daß die Bewohner der äußeren Stadtteile Stroh- und Teerfeuer anzünden, um den Vernichtungskampf gegen die Schädlinge zu führen. Auch im Norden von Rabat sind Heuschreckenschwärme von Millionen von Tieren eingefallen und haben großen Schaden angerichtet.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 16. Januar 1930.

□ Briefe mit zollpflichtigem Inhalt nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Postverwaltung der Vereinigten Staaten von Amerika klagt darüber, daß ihr aus Deutschland Briefe mit zollpflichtigem Inhalt in großer Zahl ohne den vorgeschriebenen grünen Zollzettel zugehen. Die amerikanischen Zollstellen dürfen verschlossene Briefe, die ihren ohne Zollzettel (auf dem sich die Ermächtigung zum Öffnen der Sendung befindet) zugehen, nicht ohne Einwilligung des Empfängers öffnen. Das Fehlen des Zollzettels hat zur Folge, daß die Empfänger auch aus entfernt liegenden Orten persönlich beim Zollamt erscheinen oder eine schriftliche Ermächtigung einreichen müssen. Zur Vermeidung solcher Weitläufigkeiten empfiehlt es sich, Sendungen der genannten Art nach den Vereinigten Staaten von Amerika stets mit dem grünen Zollzettel zu belegen.

—* Für den Schutz der älteren Angestellten. Der Deutsche nationale Handlungsgehilfenverband hat in Verfolg seiner Eingabe an die Reichsregierung vom 20. Dezember 1929 seine Vorschläge zur Wiederunterbringung der lebenslangen älteren Angestellten in Form eines Gesetzesentwurfes am 13. Januar dem Herrn Reichsarbeitsminister unterbreitet. Dieser Vorschlag sieht vor, daß unter bestimmten Voraussetzungen den Betrieben eine Verpflichtung zur Einstellung von älteren Angestellten auferlegt werden kann. Im Zusammenhang damit hat der DGB. dem Reichsarbeitsminister folgende Maßnahmen als dringend erforderlich bezeichnet: 1. Gesetzliche Vorschriften zur Einschränkung der Zahl der Doppelverdiener, wobei u. a. daran gedacht ist, daß erwerbstätigen Ruhestandsbeamten und Wartegeldempfängern ein angemessener Teil ihres Nebeneinkommens auf die Pension bzw. das Wartegeld angerechnet wird. 2. Verlängerung der Kündigungsfrist zugunsten der Angestellten, die nach mehr als 12 Jahren Tätigkeit in einem Betrieb entlassen werden. 3. Abgangsentschädigungen an gekündigte Angestellte, gestaffelt nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit. 4. Verstärkter Schutz der Angestellten bei Betriebsstillegungen.

Halver

—1 Der Spiegelreflexen-Versicherungsverein hielt unter Leitung des Vorstehenden E. Pfingsten vorgestern abend im Haus zur Fuhr die Jahresversammlung ab. Gegen 5 Uhr wurde die Versammlung durch den Versammlungsleiter eröffnet und erteilte nach einleitenden Worten dem Geschäftsführer Aug. Brückmann zum Jahresbericht das Wort. Im vergangenen Vereinsjahr waren vier Schadenfälle zu erfassen, welches die Kasse mit 180.— belastet. Nach Prüfung der Kassenbücher durch die Mitglieder E. Wente und Max Laiffle konnte die Entlastung ausgesprochen werden. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die

Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder. Infolge neuer Satzungen mußte neu ein Aufsichtsrat hinzugewählt werden. Es wurden gewählt: Wilh. Spieß, Chr. Wetteke, Max Laiffle, Walter Schneider, Curt Bonin, Th. Schulz. Weiter wurde beschloffen alljährlich einen Erinnerungsbeitrag pro Mitglied von 1 RM. zu erheben.

—& Gestern nachmittag hielt der hiesige Vaterländische Frauenverein, Ortsgruppe Westphale in seinem Vereinslokal Hasbender seine Jahreshauptversammlung ab, die recht gut besucht war. Gegen 4 Uhr eröffnete die Vorsitzende, Frau Heinrich Finnerin die Versammlung indem sie die anwesenden Teilnehmerinnen begrüßte. Ehe in die Tagesordnung eingetreten wurde, gedachte sie mit ehrenden Worten der in dem verfloffenen Jahre verstorbenen Mitglieder, Frau Otto Lausberg, Frau Benjamin Brühl und Frau Gottlieb Becker, die sich immer treu für den Vaterländischen Frauenverein und seine Bestrebungen eingesetzt hätten. Versammlung gab ihrer Verehrung für die Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen Ausdruck. Sie gedachte dann mit Anerkennung des schönen Verlaufes des Großmuttertages auf der Carlshöhe, sowie auch des Ausfluges nach dem Hengstede. In diesem Jahre hat die Hengstede Wäschmüllfabrik in Düsseldorf zu einem Besuche ihres Werkes eingeladen. Dieser Einladung soll vielleicht schon im April Folge geleistet werden. Auch in dem verfloffenen Jahre ist der Verein wieder nach Kräften bestrebt gewesen, seine Aufgabe zu erfüllen. Zu Weihnachten sind 46 Pakete verpackt bzw. überreicht worden. Für Kranke und Wöchnerinnen ist in zahlreichen Fällen geholfen worden. Auch sind Mittel aufgewandt worden, um schwachen und kranken Kindern eine Baderkur zu ermöglichen. Auch wurde in verschiedenen Fällen die Einkellerung von Kohlen und Kartoffeln ermöglicht. Bei der von der Kassiererin Frau Wilhelm Rodemann gelegten Rechnung hielten sich Einnahme und Ausgaben ungefähr das Gleichgewicht. Die Rechnung wurde von Fräulein Gürtgen und Frau Wehrland geprüft und stimmend befunden, worauf der Kassiererin unter dem Ausdruck des Dankes Entlastung erteilt wurde. Fräulein Lina Grüber legte das seit her von ihr geführte Amt als Schriftführerin nieder. An ihrer Stelle wurde Frau Wehrland gewählt. Die Tagesordnung war ziemlich rasch erledigt, so daß die Vorsitzende gegen 5 Uhr die Versammlung schließen konnte.

—!! Lichtspiele Carlshöhe. Wenn der weiße Flieder wieder blüht... Dieser herrliche Bildstreifen läuft am Sonntag und Montag. Schon die Worte bürgen für eine ganze Anzahl der herrlichsten Naturaufnahmen. Vera Schmittler und Georg Henrich bringen in diesem neuen künstlerisch ausgestalteten Film frisches Leben im Gewande jugendlicher Freude. Wo überall der Film bisher lief war der Besuch so groß, daß die Spielzeit verlängert werden mußte. Die morgige Anzeige besagt Näheres. Ferner läuft neben dem üblichen Beiprogramm noch Gärndes Blut.

—(+) Im Lokal Rödning „Zum deutschen Eck“ hielt am Sonntag die Nachbarschaft Sterbekasse des Schulbezirks Heesfeld ihre Jahreshauptversammlung ab. Nach dem Jahres- und Kassenbericht betrugen die Einnahmen vom 1. 7. 29.—31. 12. 29 846,25 RM. die Ausgaben 434,17 RM. Das Vermögen der Nachbarschaft beträgt 2444,78 RM., dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. 11 Sterbefälle waren im vergangenen Jahre zu verzeichnen. Die Ehrung fand in üblicher Weise statt. Es wurde u. a. beschloffen, bei Neuaufnahmen 1 RM. Eintritt zu erheben. Der Jahresbeitrag beträgt bei vollzahlenden Mitgliedern 3 Mark, für Ehefrauen die Hälfte. Die Mitgliederzahl betrug am 31. 12. 29 897, davon sind 428 vollzahlende, 234 halbzahlende und 255 unter 16 Jahren.

Schalksmühle

—! Das Apollo-Theater Schalksmühle erfreut am kommenden Samstag und Sonntag seine Besucher mit einem Pat und Patachonfilm in 7 Akten. Eine lustige Geschichte von Sonntagsänglern am Nordseestrand, verbunden mit Geisteserregungen, die die lustigen Gesellen im Seebade erleben. Noch selten hat ein Film derartigen Humor und Heiterkeit hervorgerufen, wie es in dieser Vorstellung zur Schau getragen wird und werden wahre Lachsalben das Theater erschüttern. Zu diesem überhaupt schon guten Filmklager gelangt als zweiter ein Wild-West- und Sensationsklager zur Aufführung, was wohl alles bisher gebotene in den Schatten stellt. Tom Tyler bietet mit seinen Sensationen und atemberaubenden Abenteuern das Gewaltigste, was je ein Cowboy-Darsteller zu bieten vermochte. — Um auch der Jugend einmal zu zeigen, welche Sensationen der Wilde Westen in sich birgt, gelangen diese beiden Filme am Samstag nachmittag um 3 Uhr für Kinder und Schüler zur Aufführung und werden auch selbst die Kleinsten voll auf ihre Kosten kommen. Der Eintrittspreis ist für Kinder auf 30 Pfg. fest.

Kierspe

—r Am Freitag, dem 24. d. M. findet im Amtshaus zu Kierspe eine Sitzung der Gemeindevertretung von Kierspe um 3 Uhr nachm. statt. Die reichhaltige Tagesordnung sieht vor: 1. Einführung des Gemeindevertreters Kumpmann, Kierspe-Bf. a) Berichterstattung über die Finanzlage der Gemeinde durch die Finanzkommission, 2. Erlaß eines Ortsstatuts gem. § 13 der Landgemeindeordnung, wonach auch die Nichtgemeindevorteiler Kommissionen der Gemeinde angehören können. 3. Antrag Reppel auf Aufhebung und Neuwahl sämtlicher Kommissionen denen Nichtgemeindevorteiler angehören, falls das beantragte Ortsstatut nicht angenommen wird. 4. Klärung stattgefundener Schulvorstands-wahl. 5. Wahl des Sparkassenvorstandes. 6. Wahl der Waldkommission. 7. Wahl von Vertretern der Gemeinde in den Bauverein. 8. Wahl eines Wohlfahrtsausschusses, 9. Wahl eines Jugendpflegeausschusses, 10. Wahl eines Steueraussschusses zur Entscheidung von Einprüchen und Stundungen von 4 Mitgliedern, 11. Festsetzung der Entschädigungen für die Gemeindevorteiler und Kommissionsmitglieder, 12. Festlegung der Gemeinderats-sitzungen, 13. Zusammenfassung der Spielplatzkommission, 14. Festlegung der Befugnisse einzelner Kommissionen, 15. Unterbringung der Selektia im neuen Schulgebäude, 16. Antrag von Waldparzellen im Wieden, 17. Ablösung eines Darlehens von 20000 RM. 18. Verpachtung von Gemeindegutstücken, 19. Gründung eines Gesamtschulverbandes Kierspe-Bf., 20. Begehungen. 21. Erhebung von Kanalisationkosten, 22. Wohnungssachen, 23. Unterstützungssachen, 24. Abnahme der Gemeindefassensrechnung von 1928, 25. Verschiedenes.

—r Alljährlich, nachdem die Personalsbogen für die Personenstandsaufnahme dem Amt wieder zugeleitet worden sind, zeigt sich, daß nicht alle im Amt anwesend gewesenen Personen eingetragen worden sind. Es liegt in erster Linie im Interesse der Bevölkerung, daß alle Haushaltsangehörigen in den Bogen Aufnahme finden. Später zeigt sich häufig, daß Steuerkarten nicht ausgereicht werden können, weil die Betreffenden Antragsteller am Stich-

tag der Personenstandsaufnahme es unterlassen haben, sich in die Personenstandsbogen eintragen zu lassen. Auch zum Zwecke steuerlicher Erleichterungen sind diese Eintragungen für die Steuerzahler wie die Gemeinde von Wichtigkeit. Es kann deshalb nicht dringend genug angeraten werden, in dieser Beziehung alljährlich vollständige Angaben zu machen.

—s Zu den Märktischen Lichtspielen läuft am Samstag und Sonntag der Film „Standal in Baden-Baden“, ein Film, der die Geschichte einer jungen, begabten Tänzerin bringt. Brigitte Helm spielt diese Tänzerin, die nach anfänglichen Fehlschlägen eine glänzende Karriere macht und zu einer blendenden und verführerischen Dame von Welt wird. Doch als sie sich auf dem Höhepunkt ihres Glückes wähnt, wird sie von einem Hochstapler ausgebeutet, und in einen riesigen Standal verwickelt, der die ganze Stadt in Aufregung setzt. Erst nach dem überraschenden Daswischen-treten eines Industrie-Magnaten kehrt sich alles zum Guten. Es ist ein Filmwerk voll ungeheurer Spannungen, und wird sicherlich großen Beifall finden. Ein würdiges Gegenstück hierzu läuft unter dem Titel „Die treue Nymph“. Verworfene Verhältnisse herrschen in dem Hause des Komponisten Singer. Nach dem Tode seiner Frau hat er eine Geliebte ins Haus genommen, der er vollkommen die Leitung des Haushalts überläßt. Das führt natürlich zu zahlreichen Familien-Konflikten. Eine der Töchter, die kleine Tessa hat sich in ihrer Vereinsamung ganz an den Freund des Hauses, einen jungen Komponisten angeschlossen, den sie liebt, ohne daß er davon weiß. Erst nach mancherlei Prüfungen und Verirrungen finden sie zueinander. Eine feilsch fein gezeichnete Handlung zieht sich durch dies Filmwerk. Zu diesen beiden Filmen wird das übliche Beiprogramm gegeben. Ein selten gutes Programm, das nur bestens empfohlen werden kann.

—s Die Handwerker-Unterstützungs-Gemeinschaft hielt am Montag abend im Berliner Hof eine außerordentliche General-Versammlung ab, die von dem Vorsitzenden Johann Wilhelm Plate geleitet wurde, der auch den Jahresbericht erstattete. Die Kasse ist im abgelaufenen Jahre von den Mitgliedern sehr stark in Anspruch genommen worden. Den Kassenbericht gab der Kassierer Emil Kleine, dem nach erfolgter Rechnungslage Entlastung erteilt wurde. Säkungsmäßig schieden aus dem Vorstände aus der Kassierer Kleine, der 2. Vorsitzende Otto Haase sowie die Beisitzer Vielbauer und Schmidt. Nachdem Kleine eine Wiederwahl ablehnte, wurde an seine Stelle der Schneidermeister Fritz Clever gewählt. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Ein Antrag auf Änderung der Satzungen wurde auf ein Jahr zurückgestellt.

nb. Hagen, 16. Jan. Jahreshauptversammlung des Sauerländischen Gebirgsvereins. Auf der gestern abend stattfindenden Jahreshauptversammlung des SGB. konnte der Vorsitzende Rektor Hagemann als erfreuliche Tatsache mitteilen, daß der Besuch des Ehrenmals gegenüber dem Vorjahre um über 30 Prozent gestiegen sei. Der seit langem gehegte Wunsch der Fertigstellung des Kolbturmes sei im vergangenen Jahre ebenfalls in Erfüllung gegangen. Sehr gute Erfolge habe man mit der Verkehrsverbesserung erzielt. Insbesondere habe sich der Sauerlandsführer, in welchem alle Sommerfrischen des Sauerlandes verzeichnet waren, vorzüglich bewährt. Der Besuch in allen Sommerfrischen des Sauerlandes sei gegenüber den Vorjahren erheblich gestiegen. Der Vorsitzende teilte weiter mit, daß der SGB. im Jahre 1891 in Hagen gegründet worden sei und der Hauptverein dies zum Anlaß nehme, in Verbindung mit dem alljährlich stattfindenden Gebirgsfest die Feier seines 40jährigen Bestehens in Hagen zu begehen. Das diesjährige Gebirgsfest findet in Pleitenberg statt. Versammlung erklärte sich grundsätzlich mit einer Gemeinschaftsarbeit mit den S.-G.-B.-Abteilungen der zu Hagen eingemeindeten Orte einverstanden.

nb. Hagen, 16. Jan. Mitgliederbewegung im S. G. B. Die Zahl der Mitglieder im S. G. B. hat sich im vergangenen Jahre im Hauptverband auf 25 000 erhöht. Allein Hagen zählt über 1700 Mitgliedern und unter Berücksichtigung der Abteilungen der zu Hagen eingemeindeten Orte sogar 2300 Mitglieder. Damit ist Hagen die bei weitem stärkste Abteilung. Nach Hagen folgt Dortmund mit 1250, Bochum mit 1002, Barmen-Eberfeld mit 1000, Essen mit 651, Siegen mit 379, Hamm mit 377, Soest mit 340, Münster mit 318 und Schwelm mit 309 Mitgliedern.

—& Werdohl, 15. Jan. Die türkische Regierung hat vor einiger Zeit das Auswärtige Amt in Berlin um die Bezeichnung eines deutschen Pädagogen zum Organisieren des türkischen Berufsschulwesens gebeten. Das Handelsministerium hat nunmehr den Leiter der hiesigen Berufsschule, Direktor Müller, hierfür in Vorschlag gebracht.

nb. Silschede, 16. Jan. Petroleum ins Feuer gegossen. Obwohl die Presse immer wieder über die schweren Unglücksfälle berichtet, die dadurch entstanden sind, daß leichtfertigweise Petroleum in offenes Feuer gegossen wird, gibt es immer noch wieder Hausfrauen, die glauben, auf diese Weise ihren Ofen schneller einbeizen zu können. So erging es auch einer Frau aus Silschede. Beim Eingießen schlug ihr plötzlich eine große Flamme ins Gesicht, wodurch sie schwere Verbrennungen am Kopfe und im Gesicht davontrug.

Bochum, 16. Jan. Der Deutsche Gastwirteverband hat beschlossen, in allen Provinzen und Ländern des Reichs Massenkundgebungen der Wirte gegen die vom Reichsfinanzministerium beabsichtigte Biersteuererhöhung zu veranstalten. Der Westfälische Gastwirteverband ruft eine solche Protestkundgebung der westfälischen Gastwirte für Anfang Februar nach Münster ein. Als Redner werden auftreten Verbandspräsident und Reichstagsabg. Köster-Berlin und Landtagsabg. Grüter.

—„ Dhl-Mönstahl, 16. Jan. Mitte Dezember waren in der Gegend von Gogarten die Leichensstücke eines Mannes im Walde gefunden worden. Der Polizei kam dieser Fund verdächtig vor, und man beschloß, den Tatort und die Umgebung genau abzusuchen. Die Polizeistreife, die die Gegend von Gogarten und Königsheim abzusuchen hatte, hat nun endlich Licht in das Dunkel gebracht. Zwischen Königsheim und Bahlberg wurde gestern morgen eine Leiche im Dickicht gefunden. Es ist ein aus Braunweiler entlassener Sträfling, der in der Anstalt 12 Monate wegen Unheftstrens und Bettelerei abzusitzen hatte, aber schon mehrere Male Ausbrüche versucht hatte. Er war jetzt am 10. Dezember aus der Anstalt entlassen worden, und von da an hatte er sich anscheinend wieder umhergetrieben. Anstelle nach Düsseldorf zu fahren, wohin man ihm sein Verdienst aus Braunweiler an das Dorotheenheim geschickt hatte, war er umhergeirrt, und dabei hat ihn nun die Erschöpfung ansehend nicht mehr die Strapazen ertragen lassen. — Gerichte die von einem Mord wissen wollten, entnehmen jeder Grundlage. Ein Verbrechen scheint schon deshalb ausgeschlossen, da der Tote keinerlei Verletzungen aufwies. Außerdem waren die Kleidungsstücke sorgfältig geordnet aufeinandergelegt. Sie enthielten noch sämtliche Papiere

sowie Geldbeträge in deutscher und französischer Währung. Die Annahme, daß sich der Mann, als er sich völlig ausgeleitet in den Wald begab, unter starkem Einfluß des Alkohols oder in geistiger Umnachtung befand, dürfte zutreffend sein. Rätzelhaft wird es bleiben, weshalb er gerade hier die völlig abseits liegende Waldung aufsuchte, da kein Anhaltspunkt dafür spricht, daß er irgendwelche Beziehungen zu der hiesigen Gegend hatte.

Marienheide, 15. Jan. Unter den fahrenden Zug geraten, aber unverletzt. Beim Abladen von Steinmaterial von einem Bauzug auf der Bahnstrecke Marienheide-Kottbusen ereignete sich ein glücklicherweise abgelaufener Unfall. Als der Bauzug plötzlich und unerwartet zurücksetzte, verlor der Bahnarbeiter Hugo Diergarten das Gleichgewicht und stürzte vom Wagen herab, zwischen den Puffern hindurch, wobei er zum Glück zwischen die Gleise zu liegen kam, so daß wohl die Wagen, nicht aber die Räder über ihn hinweggingen. Außer einigen Hautabschürfungen am Kopfe und einer leichten Handverletzung, kam der Verunglückte mit dem Schrecken davon.

Barmen-Elberfeld, 16. Jan. Submissionsblüte: 106 000 RM. Unterschied. Bei der Ausschreibung der Fundamentierungsarbeiten des Erweiterungsbaues des Elektrizitätswerkes kam wieder eine Submissionsblüte zum Vorschein. Das Höchstgebot lautete über 228 918 RM., das niedrigste Angebot nur 122 578 RM., sodaß eine Spanne zwischen dem Höchst- und Niedrigstgebot von 106 000 RM. besteht.

Nah und Fern

○ **Verhaftung eines D-Zugdiebes.** Der Frankfurter Kriminalpolizei gelang es, einen seit langem gesuchten D-Zugdieb, der sich vornehmlich auf den Strecken Frankfurt-Mannheim-Karlsruhe und Frankfurt-Saarbrücken betätigte, zu verhaften. Allein zwischen dem 1. und 7. Januar wurden in Frankfurt sieben schwere Kofferdiebstähle angezeigt. Der D-Zugdieb legte ein umfassendes Geständnis ab. Es handelt sich um einen Mannheimer, der in seiner Wohnung mehr als 200 goldene und silberne Wertgegenstände, die aus D-Zugdiebstählen herühren, untergebracht hatte. Der verhaftete D-Zugräuber dürfte mit einer Bahnräuberbande, die sich auf anderen deutschen Bahnlinien bemerkbar gemacht hat, in Verbindung stehen.

○ **Mord und Selbstmord.** Der Fregattenkapitän a. D. Hildebrandt in Bittau hat seine Frau durch drei Schüsse in den Kopf getötet. Gerade in dem Augenblick, als sein 20jähriger Sohn aus dem Geschäft nach Hause kam, schoß sich dann Hildebrandt eine Kugel in den Kopf, die seinen sofortigen Tod herbeiführte. Die Ursache der Tragödie erblickt man in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Hildebrandt bezog als Offizier eine Pension, die aber für seinen Lebensunterhalt nicht ausreichte.

○ **Zwei Frauen unter Hausstrümmern begraben.** In einem Dorfe in der Nähe von Cannes wurde ein Haus vom Blitz getroffen und stürzte ein. Eine 80jährige Witwe und ihre 15jährige Nichte wurden unter den Trümmern begraben und konnten nur als Leichen geborgen werden.

○ **Eisenbahnzusammenstoß in England.** Bei Blaenavon in der englischen Grafschaft Monmouthshire stieß ein Eisenbahnzug, mit dem zahlreiche Bergarbeiter von ihrer Arbeitsstätte heimkehrten, mit einer Rangierlokomotive zusammen. Ein Wagen, in dem sich 40 Arbeiter befanden, entgleiste. Tote sind nicht zu beklagen, doch wurden mehrere Arbeiter schwer verletzt.

Auffällige Fürsorgezöglinge.

Revolte in der Erziehungsanstalt Neu-Stettin.

In der Neu-Stettiner Provinzialerziehungsanstalt brach eine offene Revolte aus. Die Zöglinge zertrümmerten die Fenster, brachen die Fensterkreuze aus, zertrümmerten die Möbel und warfen sie auf den Hof. Die Bemühungen des Aufsichtspersonals, die Zöglinge mit Wasserstrahlen zu beruhigen, blieben erfolglos.

Trifft als die ganze Neu-Stettiner Polizei und die außer Dienst befindlichen Anstaltsbeamten alarmiert waren, wurde die Ruhe unter Anwendung des Gummiknüppels wiederhergestellt. Die Anstaltsleitung verweigert einstweilen jede Auskunft über die Ursachen der Revolte.

Spiel und Sport

Sp. Zwischen Turnerschaft und Schwimmverband finden Ende Januar oder Anfang Februar weitere Verhandlungen, diesmal der Techniker, statt, um das Programm für das Zusammenwirken im einzelnen auszuarbeiten. Es handelt sich dabei u. a. um die Angleichung der Wettkampfbestimmungen beider Verbände. Das Programm wird dann dem Schwimmverbandstag Ostern in Braunschweig zur Genehmigung vorgelegt.

Sp. Das internationale Programm der deutschen Schwimmer für 1930 besteht aus zwei Länderkämpfen gegen Frankreich am 6. Juni in Paris und gegen Ungarn am 19. und 20. Juli in Berlin, ferner einem Wasserballspiel gegen Belgien am 13. Juli in Antwerpen sowie der Veteiligung an den Europameisterschaften vom 26.—31. August in Wien.

Sp. Die Deutschen Eisschnelllaufmeisterschaften, die am Montag auf dem Kleinen Teich oberhalb Krummhübel begonnen werden sollten, mußten wegen furchtbaren Sturmes auf den nächsten Tag verschoben werden.

Sp. Das Endspiel um den Fußballbundespokal, für welches sich Berlin-Brandenburg und Norddeutschland qualifiziert haben, wird wahrscheinlich am 9. Februar im Altonaer Stadion zum Austrag kommen.

Sp. Die Welt- und Europameisterschaften im Wurstauben- und im Zellerschießen finden diesmal in Rom statt, und zwar vom 19. Mai bis 1. Juni.

Aus dem Gerichtssaal

§ Der Raubüberfall im Bahnhof Gerolstein vor Gericht. Der Raubüberfall im Bahnhofgebäude Gerolstein in der Eifel, der sich am 30. Oktober abspielte, kam jetzt vor dem Erweiterten Schöffengericht in Trier zur Aburteilung. Der Raub wurde damals verübt, weil sich der überfallene Beamte zur Wehr setzte, den Verbrecher festnahm und ihn dem Ortspolizisten Munkler übergab. Die späteren Ermittlungen ergaben, daß der verurteilte Verbrecher der Gemütskranke Mengeloch war und daß der Ortspolizist der Hauptanführer zu der Tat war und bei dieser Schmiere gestanden hat. Außer diesen beiden wurden als Mittäter verhaftet der Krankenassistentenrevisor Start, der Gastwirt Kreuz und der Reichsbahnassistent Gores. Letzterer hatte den anderen die Schlüssel zu den Bahnräumen ausgeliefert. Das Gericht verurteilte Mengeloch zu drei Jahren drei Monaten Zuchthaus, Start zu drei Jahren Zuchthaus, Munkler zu vier Jahren zehn Monaten Zuchthaus, Kreuz zu zwei Jahren und Gores unter Zubilligung mildernder Umstände zu 15 Monaten Gefängnis.

Schlupfdienst.

Vermischte Nachrichten vom 15. Januar.

Neue Pläne Hauptmann Köhl.

Berlin. Wie aus den dem Ozeanflieger Hermann Köhl nahestehenden Fliegertreibern verlautet, trägt sich Köhl mit neuen größeren Plänen. Köhl, der Anfang Dezember nach Amerika gefahren ist, um auf hoher See neue für den Gebrauch im Flugzeug bestimmte optische und nautische Instrumente deutscher Firmen auszubastieren, wird voraussichtlich in dieser Woche mit der „Deutschland“ in Hamburg wieder ein treffen. Die Versuche mit den neuen Instrumenten sollen vorzügliche Erfolge gezeitigt haben. Köhl, der in Begleitung eines ihm befreundeten Amerikaners zurückkehrt, wird voraussichtlich die Vorbereitung zu einem neuen Transozeanflug in Angriff nehmen. Infolge des Umfangs der Vorarbeiten wird voraussichtlich erst in einigen Monaten der Start zu dem neuen Flug erfolgen können.

Schwere Zusammenstöße mit Arbeitslosen in Chemnitz.

Chemnitz. In dem benachbarten Hartmannsdorf kam es vor dem Gebäude der Wirkwarenfabrik Recenia zwischen einer etwa tausendköpfigen Arbeitermenge und einem Polizeiaufgebot von zwanzig Mann zu blutigen Zusammenstößen. Nach den bisherigen Feststellungen wurden vier Arbeiter ge-

tötet und fünfzehn verletzt, darunter fünf schwer. Drei Polizisten wurden durch Steinwürfe verwundet. Die Arbeiter waren aus Chemnitz und Umgebung nach Hartmannsdorf gekommen, um gegen eine Arbeitsgerichtsverhandlung, die dort stattfinden sollte, aber abgefragt worden war, zu protestieren. Das Arbeitsgericht sollte gegen 180 Arbeiter der Firma Recenia wegen angeblichen Tarifbruches verhandeln. Bei dem Versuch der Demonstration, das Fabrikgebäude zu demolieren, kam es zu den erwähnten Zusammenstößen mit der Polizei.

Abschließen in der Sachlieferungsforderung.

Den Haag. In der Sachlieferungsforderung ist ein grundsätzliches Abkommen zwischen Deutschland und den Gläubigerstaaten dahingehend zustande gekommen, daß die an den Sachlieferungen interessierten Mächte fünfzig direkte Verträge, und zwar jede einzelne Regierung einen Einzelvertrag mit Deutschland schließen sollen. Die bisherige Gesamtregelung der Sachlieferungen fällt fort. Die Verwaltung und Auszahlung der Beträge für die Sachlieferungen erfolgt durch die Internationale Bank. Ferner ist eine Gesamtregelung für alle noch schwebenden Zahlungen und Leistungen abgeschlossen worden.

Automobilunfall des Danziger Senatspräsidenten.

Genf. Der Danziger Senatspräsident Dr. Sahm hat auf der Fahrt in sein Hotel einen leichten Automobilunfall erlitten, bei dem er einige Hautabschürfungen am Kopfe davontrug. In seiner Begleitung befand sich Oberregierungsrat Dr. Herber und der Danziger Senator Gehl. Während Senator Gehl ganz unverletzt blieb, trug Oberregierungsrat Herber eine leichte Knieverletzung davon. Senatspräsident Dr. Sahm ist bereits am späten Nachmittag mit einer Binde am Kopfe wieder im Völlerbushaus erschienen.

Verhandlung mit Australien in der Liquidationsfrage.

Haag. Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Australien haben eine Verständigung über die Liquidationsfrage ergeben, die jedoch nicht vertraglich festgelegt ist. Mit Neuseeland ist eine solche Verständigung noch nicht erreicht worden, da die neuseeländische Regierung auf dem Standpunkt steht, daß sie bereits alles in Betracht kommende deutsche Eigentum liquidiert habe.

Die Flüchtlingstransporte nach Brasilien.

680 Deutschrussen reisebereit.

Wie aus Hamburg gemeldet wird, tritt ein Transport von 380 deutschrussischen Bauernflüchtlingen aus dem Lager Möllen (Lauenburg) am Donnerstag nachmittag mit dem Motoreinschiff „Monte Olimia“ die Ausreise nach Brasilien an. Es handelt sich dabei um den ersten Transport über Hamburg, dem ein zweiter von 300 Bauern am 29. Januar an Bord des Hamburg-Süd-Dampfers „Kap Norte“ folgen soll. Die Passage ist von der deutschen Regierung bezahlt worden. Die Transporte werden von deutschen Ärzten sowie von brasilianischen Auswanderungskommissionären begleitet.

Mit ihren Kindern in den Tod gegangen.

In Surendorf unweit Ederförde in Holstein wurde die Witwe Gundersen mit ihren beiden Kindern im Alter von 3 und 5 Jahren in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Man vermutet, daß die Frau, die sich über den Verlust ihres etwa vor Jahresfrist verstorbenen Mannes nicht zu trösten vermochte, Selbstmord durch Vergiftung begangen und die Kinder in den Tod mitgenommen hat.

Das erwachende Indien.

Beginn des Steuerstreiks.

Wie aus Indien gemeldet wird, hat die vom Allindischen Kongress organisierte Kampagne zugunsten der Nichtbezahlung von Steuern in Multan im Bundesstaat begonnen. Hindus und Mohammedaner weigern sich dort, die Wassersteuer zu zahlen.

Urteilsverfälschung im Hitler-Rabe-Prozess vertagt.

Nach den umfangreichen Plädoyers im Hitler-Rabe-Prozess ergriff Hitler persönlich nochmals das Wort, um seine bereits am Vormittag geschilderte Stellungnahme ausführlich darzulegen. Der Vorsitzende teilte schließlich mit, daß das Urteil am 24. Januar, vormittags 9 Uhr, verkündet werden soll.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halber i. Westf.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgehe unserer lieben Entschlafenen sagen wir allen unseren

innigsten Dank.

Familie Fastenrath.

KAFFEE HAG SCHÖNT



Stets frisch zu haben bei:

Halversche Medizinal-Drogerie, Carl Menke.

Zwangsversteigerung.

Freitag, d. 17. Jan. 1930
12 Uhr sollen in Halver an Ort und Stelle

- 1 Ausziehtisch,
- 6 Stühle,
- 1 Chaiselongue,
- 1 Schrank,
- 1 Klavier u. a.

Versammlung: Hotel zur Post.

Sodann im Anschluß in Schwenke bei Gies

- 1 Bild

Öffentlich, meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Lübbersfeld, d. 16. Jan. 1930.
Büßmann,
Gerichtsvollzieher kr. A.



Disentanten Verein
Hohenzollern
Halver.

Sonntag, d. 19. Jan. cr.

nachm. 5 Uhr

General-

Versammlung

im Vereinslokal.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Vorstandswahl.
3. Festangelegenheit.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen bittet
der Vorstand.



Wilh. Bell jr.

Buchdruckerei

Halver (Westf.)

Ich liefere
Drucksachen

sauber, schnell u. preiswert
für Geschäfts- u. Privatbedarf:
Kataloge, Preislisten, Dissertationen, Broschüren, Festschriften, Briefbogen, Rechnungen, Programme, Trauerbriefe u. -Karten sowie sämtliche Formulare für Behörden.

Unreines Gesicht

Pickel, Mitesser werden in wenigen Tagen durch das

Reinigungsmittel Venus (Stärke A) Preis

4.25 unter Garantie beseitigt. Gegen

Sommerprossen Stärke B) Preis 4.70

Halver'sche Medizinal-Drogerie, Carl Menke



kauf man am vorteilhaftesten bei

R. Heinz, Bildhauer, Radenvorwald.

Lager in Halver bei Gärtnerei Otto Barth am Friedhof.
Vertretung für Schalksmühle Carl Oppermann

Brennholz

auf Osenlänge geschnitten

hat abzugeben

Ernst Schröder,

Schrödersherweg b. Halver

Ruf 104.

In 3 Tagen

Nichttraucher

Auskunft kostenlos:

Sanitas-Depot, Halle a. S. 204P.

Öffentlicher Vortrag

des Herrn G. Lilsdorf-Altena

im Saale des Herrn Fritz Wilke, Ehringhausen,

am Samstag, dem 18. Jan., abds. 8 Uhr

über die

Völkernationale Rechtsvereinigung

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Bereinigte Turn- und Spielvereine e. V. Halver.

Einladung zur

Jahres-Haupt-

Versammlung

am Sonntag, dem 26. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr im Vereinslokal.

Tagesordnung:

1. Aufnahmen.
2. Jahresbericht.
3. Geschäftsbericht.
4. Wahlen.
5. Winterfest.
6. Beitritt zum Ortsverband.
7. Verschiedenes.

Um vollzähliges Erscheinen bittet

Der Turnrat.

M.-G.-B. Sängerbund Rierspe.

Jahres-Haupt-

Versammlung

am Samstag, d. 18. Jan. abends 8 1/2 Uhr

im Berliner Hof.

Tagesordnung:

1. Berichte,
2. Wahlen,
3. Winterfest
4. Verschiedenes.

Um allseitiges Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Nachbarschaft Halver.

Am Samstag, dem 18. ds. Mts. nachm. 5 Uhr

findet im Lok. Heckmann die diesjährige

Haupt

Versammlung

statt

Tagesordnung:

1. Jahres- und Kas-
2. Bericht.
3. Vorstandswahl.
4. Verschiedenes.

Um pünktliches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Schalksmühler-Turnverein e. V.

Sonnabend, den 18. Januar 1930

Haupt-Jahres-

Versammlung

im Vereinslokal.

Anfang 20 Uhr.

Tagesordnung:

1. Berichte,
2. Wahlen,
3. Winterfest
4. Verschiedenes.

Um allseitiges Erscheinen bittet

Der Vorstand.